

Unverkäufliche Leseprobe



Martin Schulze Wessel
Warum Russland nicht aufhören wird
Sieben Thesen

2026. Rund 128 S.
ISBN 978-3-406-85192-6

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/40872184>

C·H·Beck

PAPERBACK

Martin Schulze Wessel

**Warum
Russland
nicht aufhören
wird**

Sieben Thesen

C.H.Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026

Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: buxdesign, Daniela Hofner

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 85192 6

www.chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Inhalt

Einleitung
7

These 1
Russland ist durch Annexionen groß geworden
15

These 2
Annexionen kamen dort zum Stillstand, wo Russland
auf ebenbürtige Mächte traf
31

These 3
Die russische Expansion erhielt immer dann einen
Schub, wenn sie durch Kooperationen mit anderen
Mächten begünstigt wurde
49

These 4
Russland und die Sowjetunion konnten Krisen des
Territorialstaats immer wieder überwinden
67

These 5
Russlands imperiale Politik zielt nicht nur auf
Annexionen, sondern auch auf Hegemonie
79

These 6

In Russland hat sich seit dem 18. Jahrhundert ein
imperialer Komplex herausgebildet, der Politik und
Kultur entscheidend prägt

103

These 7

Religiöse Heilserwartungen und der Wille zu einer
neuen Weltordnung speisen Russlands Politik

123

Schluss

143

Dank

155

Anmerkungen

157

Auswahlbibliographie

167

Personenregister

171

Russland führt einen ruinösen Krieg – für die Ukraine, aber auch für sich selbst. 2025 hat es unter enormen Anstrengungen weniger als ein Prozent des ukrainischen Territoriums hinzugewonnen. Monat für Monat hat seine Armee in diesem Jahr nach westlichen Schätzungen zwischen 25 000 und 35 000 Soldaten verloren, wobei darunter Getötete, Verwundete und Vermisste fallen. Zum Vergleich: In dem zehn Jahre währenden sowjetischen Krieg gegen Afghanistan (1979–1989) starben insgesamt 15 051 sowjetische Soldaten, rund 53 700 wurden verwundet, und eine vergleichsweise kleine Zahl von 417 Soldaten galt als vermisst. Das «sowjetische Vietnam», wie es in der westlichen Presse genannt wurde, war politisch und gesellschaftlich so belastend, dass die Sowjetführung den Rückzug aus Afghanistan befahl. Die Zahl der namentlich bestätigten russischen Toten im gegenwärtigen Krieg liegt um das Zehnfache über den sowjetischen Opfern von damals. Die tatsächlichen Todeszahlen in dem von Putin befohlenen Krieg dürften wesentlich höher liegen. Sie machen mindestens das Zwanzigfache der Gefallenen in Afghanistan aus.

Zugleich liefert die russische Wirtschaft immer schlechtere Kennzahlen. Die Inflation liegt bei sieben Prozent, vor allem Lebensmittel, Versorgungsleistungen, Gas und Medikamente werden teurer. Dessen ungeachtet sah sich die Regierung Anfang 2026 gezwungen, die Mehrwertsteuer um zwei Prozent zu erhöhen.¹ Das Haushaltsdefizit für 2025 betrug mehr als 53 Milliarden Dollar und steigt weiter an, da die russische Armee ihre

horrenden Menschenverluste nur durch teure Verträge mit rekrutierten Soldaten ausgleichen kann.² Die Militärausgaben stiegen 2024 sprunghaft um 38 Prozent an und wuchsen auch in den Folgejahren,³ während die meisten Unternehmen – ob im Bauwesen, in der Automobilindustrie oder in der Reisebranche – einen erheblichen Umsatzrückgang verzeichnen.⁴ Auch fern der Front wird der Krieg für Russinnen und Russen zu einer erfahrbaren Realität: Ukrainische Drohnen fliegen quer durch das Land, Öltraffinerien werden angegriffen, Flughäfen geschlossen, Züge gesprengt. Bereits im Oktober 2022 – nach der Teilmobilisierung Russlands – gaben 66 Prozent der Russen gegenüber dem als unabhängig geltenden Meinungsforschungsinstitut Levada an, dass sie eine totale Mobilmachung befürchteten; 57 Prozent wollten Friedensgespräche aufnehmen. Ende 2025 lag diese Zahl bei 66 Prozent.⁵

Russland steuert auf ein wirtschaftliches, aber auch auf ein demographisches Desaster zu. Es verliert Hunderttausende Menschen im Krieg, und das bei seinen ohnehin niedrigen Geburtenraten. Es versucht, dem eigenen Bevölkerungsverlust entgegenzuwirken, indem es ukrainische Kinder aus den besetzten Gebieten von russischen Eltern zwangsadoptieren lässt. Dieses Mittel ist völkerrechtswidrig. Es gleicht die Verluste demographisch bei Weitem nicht aus – aber diese Praxis hat Russland den juristisch begründeten Vorwurf des Genozids eingebracht.

Für Wladimir Putin (* 1952) gab es seit dem Scheitern seines Überfalls vom Februar 2022 gute Gründe, den Krieg zu beenden. Um die Waffen zum Schweigen zu bringen, müsste sich Russland nicht einmal aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Zu jedem Zeitpunkt im Krieg war der Präsident in der Lage, die Feindseligkeiten zu beenden und sich zu Hause in den staatlich kontrollierten Medien als Sieger feiern zu lassen.

Donald Trump (* 1946) bot Putin dazu beim Treffen in Alaska eine beispiellose Gelegenheit: Er verhandelte mit ihm über eine Nachkriegsordnung, ohne die Ukraine einzubeziehen, und stellte einen «Gebietstausch» in Aussicht, der darauf hinauslief, die Annexion der russisch besetzten Gebiete sowie des gesamten Donbas faktisch anzuerkennen. Trump winkte mit wirtschaftlicher Kooperation, sprich der gemeinsamen Ausbeutung ukrainischer Rohstoffe, und rollte dem mit internationalem Haftbefehl gesuchten Kriegsherrn den roten Teppich aus. Putin genoss das Treffen sichtlich – und ließ die Ukraine verstärkt angreifen, mit Drohnen und Raketen. Der Krieg ging weiter.

Russlands unerbittlicher Krieg wirft Fragen auf: Welcher Preis rechtfertigt aus russischer Sicht solche Opfer? Woraus speist sich der anscheinend unbedingte Kriegswille Moskaus? Weshalb hat die russische Politik selbst unerwartet vorteilhafte Angebote für eine Nachkriegsregelung ausgeschlagen, wie sie Trump in Alaska gemacht hat?

Auch im fünften Kriegsjahr herrschen bezüglich dieser Fragen in der deutschen Öffentlichkeit Ratlosigkeit und Konfusion. «Was will Putin?», lautet immer noch die Leitfrage. Nach wie vor gibt es viele politisch gut organisierte Stimmen, die empfehlen, «mit Putin zu reden». Sie betrachten den russisch-ukrainischen Krieg oftmals als einen Regionalkonflikt und halten einen Frieden auf der Grundlage eines «Interessenausgleichs» zwischen den Kriegsparteien für möglich. Andere verschließen zwar nicht die Augen vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, sehen diesen aber als ein vorübergehendes Phänomen an, als ob ein Meinungswandel bei Putin oder ein Wechsel an der Staatsspitze grundlegend neue Verhältnisse schaffen würde. Doch ist es nicht Putins Krieg, sondern Russlands Krieg – ein Krieg, der von russischen Soldaten, mit russischen Ressourcen und im Namen Russlands mit der still-

schweigenden Duldung oder offenen Unterstützung der Bevölkerung Russlands geführt wird.

Um ein Verständnis für die Ursachen des Kriegs und für die Dauerhaftigkeit der russischen Aggression zu gewinnen, ist es nötig – und nach vier Jahren Krieg überfällig –, den Blick von der Oberfläche auf die tieferen Ursachen zu lenken. Was fehlt, ist die Einsicht in den systematischen Charakter von Russlands Aggression. Die Bedingung für die Möglichkeit des Kriegs liegt, so die zentrale These dieses Buchs, in den imperialen Traditionen Russlands. Diese erklären, warum Putin so große Opfer zu bringen bereit ist. Sie sind der Grund, weshalb er sich in Alaska Trumps generösen Avancen entzogen hat. Und sie machen es leider sehr wahrscheinlich, dass Russlands Aggression nicht so schnell enden wird. Man muss damit rechnen, dass Moskau einen etwaigen Waffenstillstand nur als Verschnaufpause betrachten und nach einer rhetorischen Charmeoﬀensive auf eine Fortführung der Expansion hinarbeiten wird.

Russland wird nicht aufhören – viele werden diese unangenehme Wahrheit nicht gerne vernehmen. Nur allzu verbreitet ist die Hoffnung, nach dem Schweigen der Waffen wieder zur Tagesordnung überzugehen, nicht zuletzt weil die Aussicht auf billige russische Energie für die unter Druck stehende deutsche Wirtschaft mehr als verlockend ist. Doch für die Sicherheit Europas wäre eine solche Fehleinschätzung der russischen Motive fatal. Eine Normalisierung der Beziehungen ist ausgeschlossen, solange sich Russland nicht von seinen imperialen Traditionen befreit.

Dass Putin nicht die naheliegende Möglichkeit ergriff, den Krieg durch einen Pakt mit Trump zu seinen Bedingungen zu beenden, ist nicht mit *rational choice* im westlichen Sinne, sondern nur mit einem Blick auf die langen Linien der russischen

Politik zu erklären. Nur wenn man diese versteht, wird klar, weshalb die russische Politik so handelt, wie sie handelt. Putin ist kein strategischer Vordenker, sondern der Repräsentant eines imperialen Diskurses, der Russland heute, über ein Vierteljahrhundert nach dem Zerfall der Sowjetunion, mehr prägt als je zuvor. Geschichte ist in Russland auf völlig andere Weise als in unserer Gesellschaft ein Medium der nationalen Selbstverständigung. In diesem Rahmen propagiert Putin seine neo-imperiale Politik: Vergangene Größe soll wiedererlangt werden und die Opfer rechtfertigen, die der Krieg der Bevölkerung abverlangt. Auch die Konstruktion manichäischer Feindbilder von der Ukraine knüpft an alte Traditionen aus dem Zarenreich und der Sowjetunion an. Die imperiale Geschichte bildet in Russland heute eine wichtige Ressource, derer sich die russische Politik manipulativ bedient, aber auch ein Diskursgefängnis, in dem sie selbst steckt.

Putin hat den Krieg als «Spezielle Militäroperation» begonnen. Der Begriff, an dem der russische Präsident auch im fünften Kriegsjahr noch festhält, suggeriert eine kurze Dauer und eine begrenzte Zielsetzung. Damit beruhigt Putin die eigene Bevölkerung und täuscht zugleich die westliche Öffentlichkeit. Tatsächlich setzt er auf den großen Epochenbruch, das Ende der westlichen Welt und den Aufstieg einer neuen, von Russland und China dominierten Welt der «traditionellen Werte». Diese Mission knüpft an eine politische Theologie von Russland als dem «Dritten Rom» an und führt zugleich auf neue Weise die Eschatologie des revolutionären Sowjetstaats fort. Die Geschichte hat in Putins Russland wieder ein Ziel, das im Kampf zu erringen ist. Diesmal handelt es sich nicht um die Verwirklichung eines sozialistischen Ideals, sondern im Gegenteil um eine patrimoniale Gesellschaftsvorstellung, die hinter die Moderne zurückführen soll. Beide Utopien haben aller-

dings eines gemeinsam: Sie legitimieren Imperien – das sowjetische und auch das russische.

Russlands imperiale Machttechniken sind vielfältig, auch das ist in der deutschen Öffentlichkeit und Politik noch weit-
hin unverstanden. Historisch ist Russland als Imperium durch
Annexionen groß geworden, und den Krieg gegen die Ukraine
führt es nicht zuletzt um Land. Seine dominante Position
gegenüber europäischen und asiatischen Nachbarn hat der
Kreml aber nicht nur durch Eroberungen, sondern auch durch
hegemoniale Machttechniken erlangt. Politischen Druck durch
überlegene Rüstung, durch Allianzangebote und Erpressung
auszuüben, war und ist der effizientere Weg der russischen im-
perialen Politik.

Davon ist Deutschland schon jetzt betroffen, denn Russland
führt einen hybriden Krieg gegen die westlichen Staaten.
Dieser findet auf vielen Schlachtfeldern statt, mit einer Armee
von Geheimdienstlern, aus deren Reihen Putin selbst kommt.
Der Spionage-Auslandsdienst zählt etwa 15 000 Mitarbeiter,
der militärische Auslandsdienst, der über Spezialkommandos
für Sabotage und politische Morde verfügt, schätzungsweise
45 000 Mitarbeiter. Zum Vergleich: Für den deutschen Bun-
desnachrichtendienst arbeiten etwa 6500 Mitarbeiter. In die-
sem «stillen Krieg» (Markus Wehner, Reinhard Bingener) ge-
gen den Westen wendet Russland eine Vielzahl von Mitteln an:
Es geht um die klassischen, aus dem Kalten Krieg bekannten
Methoden von Desinformation, Spionage und Sabotage, aber
auch um politische Morde, die anders als im Kalten Krieg heute
fast unverhüllt ausgeführt werden, um Regimegegner auch im
Ausland einzuschüchtern. Neu ist auch, dass rechts- und links-
populistische Parteien und Bewegungen gezielt instrumentali-
siert werden, um die Stabilität der westlichen Demokratien zu
erschüttern.

Ziel der russischen Beeinflussung ist es nicht zuletzt, den Blick auf die Motive der russischen Politik zu verstellen. Während der Kreml unentwegt seine Gesprächs- und Friedensbereitschaft betont, geraten die tatsächlichen Beweggründe, Ziele und Machttechniken Russlands aus dem Blick.

Die sieben Thesen dieses Buchs führen in die zentralen Felder des imperialen Komplexes ein: territoriale Expansion, geopolitische Hegemonie und imperiale Ideologie. Dieser Komplex ist keine unverrückbare Gegebenheit in der russischen Geschichte und Gegenwart. Russlands Imperialismus ist nicht determiniert, und nicht jeder Krieg, den das Zarenreich geführt hat, nicht jeder einzelne diplomatische Schachzug des Kremls verweist für sich genommen auf einen eigentümlichen russischen Imperialismus. Eine Einsicht in die Spezifik der imperialen Herrschaftslogik ergibt sich erst durch die Zusammenschau der verschiedenen historischen, politischen und kulturellen Aspekte, die Russlands imperiale Tradition prägten und prägen. Das will dieses Buch leisten. Sein Ziel besteht darin, den umfangreichen konzeptionellen Hintergrund hinter Russlands Großmachtrhetorik und -praxis aufzudecken und zu zeigen, was Russlands Politik in der Gegenwart antreibt. Nur so ergibt sich ein Bild von der Herausforderung, vor der Europa aktuell steht, aber auch nach einem etwaigen Waffenstillstand stehen wird. Über den Krieg hinaus wird es Sicherheit vor Russland nur dann erlangen, wenn es dessen imperiale Traditionen kennt und sich dagegen wappnet.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de